

LINKES ECHO

Infoblatt der Partei **DIE LINKE.** im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 16. Jahrgang

Monat Juli 2010

Preis: Spende

Einladung zum Sommerfest 2010

**Wieviel Spaß macht Politik?
Können Linke (auch) fröhlich sein?
Keine Angst vor Roten Rathäusern!**

- ☀ die LINKE Thüringen,
 - ☀ die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen,
 - ☀ das Kommunalpolitische Forum e.V.
 - ☀ der Freundeskreis MOPR-Heim sowie
 - ☀ das Hotel „Am Wald“
- laden herzlich zum gemeinsamen Sommerfest
am **21. August 2010** nach Elgersburg ein!

DIE LINKE.
T H Ü R I N G E N

www.die-linke-thueringen.de

So gesehen... ...kann immer nur einer gewinnen. Das war diesmal Spanien. Zum ersten mal in der Geschichte hat Spanien den Weltmeistertitel bekommen. Ausgerechnet gegen Spanien zerplatzten die Titelträume der deutschen Nationalelf. Sofort ging das Gekeife in den Medien los. Schlecht gespielt, zu junge Mannschaft, blablabla...

Jetzt, nach nicht mal einer Woche alles wieder vergessen, wir sind Trizemeister, kein Scherz, gibt sogar T-Shirts davon zu kaufen, Meister der Herzen, wie jedes Mal, solange ich mich erinnern kann.

Und Löw, der Bundestrainer soll das Bundesverdienstkreuz bekommen. Für einen dritten Platz. Davon ab, das dieses Kreuz schon relativ inflationär unter deutsche Volk verteilt wird, für einen dritten Platz bei einem Fussballturnier, soll es für den Trainer diese Auszeichnung geben, was bekommt mensch dann für einen richtigen WM-Titel, für einen Olympiasieg... „Die Dosis macht, das ein Ding ein Gift wird...“ Die Dosis Nationalismus, die unter deutsche Volk gebracht wurde, war mir eindeutig zu hoch. Ich habe nichts gegen Fußball, ich habe auch mitgeschaut, aber ich habe auch keine Deutschlandfahnen, regelwidrig an meinem Fahrzeug angebracht. Ich habe immer das Gefühl, bei solchen einheitlichen „gesamtdeutschen“ Inszenierungen, dass ich was verpasse, weil ich den Herrschenden nicht traue. Es gibt eine Menge Kritiker, die sagen, mit Brot und Spielen soll das Volk ruhig gehalten werden, ich sehe das genauso. Parallel zur WM werden die Sozialgesetze verschärft, die Menschen werden von der Politik mal wieder vorgeführt. Leider haben diese Kritiker zum großen Teil recht. Wer hat sich denn mit den Ergebnissen des G20 –Treffens auseinandergesetzt? Wer hat mitbekommen, dass Deutschland von den anderen Staaten massiv unter Druck gesetzt wird, endlich die Niedriglohnpolitik im Lande zu beenden und den Menschen ordentliche Gehälter zu zahlen, damit die Binnennachfrage wächst. Wer hat denn mitbekommen, dass die „Gesundheitsreform“ des Mövenpickministers auf den Weg gebracht wurde. Ah, da war doch irgendwie was mit Erhöhung oder so, genau wissen das nur die Erzeuger des Machwerkes. Reformiert wird wie immer, auf Kosten der zwangsversicherten Mehrheit der Menschen in diesem Land. Nun ist es den Not leidenden Kassen erlaubt, Zusatzbeiträge willkürlich festzulegen und einzutreiben, nein die Praxisgebühr wurde nicht abgeschafft. Nein, wir zahlen für die selben Medikamente nicht die selben Preise wie unsere französischen Nachbarn, wir zahlen das Doppelte! Nein, wir gehen nicht auf die Straße gegen verfehlte Reformen und die Anhebung des Rentenalters von 60 auf 62 Jahre. Bei uns gehen wir als Arbeiter mit 67 in Rente. Ob unsere Ansprüche, welche wir dann nach 40 Jahren Buckelei erworben haben noch sicher sind, wird sogar vom Staat in Frage gestellt. Die Rente ist nicht so sicher, wie man dies von einem Vertrag mit einem Staat (Deutschland) erwarten sollte. Deswegen wird geriestert. Der Staat fördert private Versicherer, die den gesetzlich versicherten Menschen eine Zusatzrente verticken sollen. Für den Einwurf: Aber ich habe doch vierzige Jahre lang eingezahlt, erntet man dann doch nur ein mitleidiges Lächeln. Private Zusatzversicherung heißt die Empfehlung. Das hier eine millionenfache Betrugshandlung abläuft, interessiert Keinen. Weil es noch nie, niemals um das Wohl des Menschen ging. Der Staat der uns diese Ungerechtigkeiten einbrockt, ist der selbe, der den nationalen Taumel angestimmt und für sich ausgenutzt hat. Er schickt seine Repräsentanten nach Afrika, damit sie dort mit rumjubeln und so tun, als hätten sie ein ehrliches Interesse an „unsern“ Jungs. Dabei ist auch die Kanzlerin, die für eine halbe Millionen Euro angereist war, leider wieder, ohne vorher Rücksprache mit einem Image/Typberater getroffen zu haben. Auch die Chefin des deutschen Staates, dem Machtinstrument der herrschenden Klasse, wurde trotz ihrer Masse vom Sitz gerissen und vergaß vollständig die diplomatischen Etikette. Der südafrikanische Präsident Herr Zuma war sehr überrascht, als die Kanzlerin vom Jubel der Massen mit nach oben, aus ihrem Stadionschalensitz gerissen wurde und hemmungslos und frenetisch der deutschen Mannschaft zujubelte.

Für diesen Moment waren wir alle wieder gleich, sollte da wohl rübergebracht werden.

So gleich, dass alle Menschen gleiche Teilhabe am Leben kriegen natürlich nicht.
 Liberté, égalité, fraternité. Lange her, oder?
 Lass Euch nicht ins Sommerloch fallen.
 Mama

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Fürneisen, Eva 23 Jahre, Azubi, BO Arnstadt-West

Reeg, Gerhard, 84 Jahre, BO Ilmenau Großbreitenbach

*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.

Inhalt:

Vielfältige „Fantasien für den Frieden“ entwickelt Seite 3

Klares Zeichen gegen braunen Ungeist gesetzt Seite 4

Klares Zeichen gegen braunen Ungeist gesetzt Seite 4

In Ilmenau, da ist der Himmel blau? Seite 5

...auch im „Sommerloch“ die Zeit für die Programmdebatte nutzen – durch LESSEN Seite 6

Nach der Bundesversammlung am 30. Juni Seite 7

Innenminister widerspricht Landrat und VG-Chef in Sachen Kreditaufnahme für Straßenbau Seite 8

Das „Sparpaket“ ist Ihrer verfehlten Politik zuzuschreiben und der Gier von einigen Wenigen Seite 8

Schweinezuchtanlage hat Betrieb aufgenommen – Menschenkette protestierte Seite 9

DIE LINKE. Arnstadt jetzt auch bei facebook Seite 10

Ein Diener Gottes oder des Götzen Mammon? Seite 11

Termine Seite 16

Vielfältige „Fantasien für den Frieden“ entwickelt

Kultur-neu-denken-Marathon fand im Gothaer Schloss Friedenstein eindrucksvolle Fortsetzung

Der Andrang war groß in der Kirche von Schloss Friedenstein, wo am 25. Juni Teil IV der Reihe „Kultur neu denken“ der Bundes- und der Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN stattfand. Dass Luc Jochimsen, die als Kulturpolitikerin zusammen mit der Thüringer kulturpolitischen Sprecherin Birgit Klaubert den bundesweit sehr beachteten Kultur-Marathon zu einem solchen Erfolg führte, nun als Kandidatin der LINKEN für das Bundespräsidentenamt nach Gotha kam, war eine glückliche Fügung. Die Veranstaltung FRIEDEN, MACHT, FREIHEIT, Untertitel: Fantasien für den Frieden und die Fragestellung „Wie schafft man heute eine friedliche Gesellschaft?“, verdeutlichte wie kaum eine andere das Credo Luc Jochimsens für das höchste Amt im Staate.

Der jahrhundertealte und doch sehr moderne Geist von Gotha, auf Frieden, Bildung und soziales Engagement gerichtet, habe sie bei ihrem Antrittsbesuch vor zwei Jahren in seinem Bann gezogen, sagte Luc Jochimsen bevor die Besucher mitgenommen wurden auf einen spannenden geschichtlichen Exkurs von Martin Eberle, Direktor der Stiftung Schloss Friedenstein, und Oberbürgermeister Knut Kreuch. Man sprach über die Friedensgeschichte Gothas 1945, als Stadtkommandant Ritter von Gadolla den Führerbefehl verweigerte und Gotha weiß flaggen ließ, um es kampfflos den Amerikanern zu übergeben. Gadolla wurde noch am 5. April 1945 hingerichtet – aber Gotha war gerettet.

„Frieden geht nur, wenn wir uns ausöhnen mit den Nachbarn“, hatte Luc Jochimsen bei der Begrüßung von Iwona Kosłowska, Botschaftsrätin der Republik Polen, betont, die ihrerseits darauf verwies, dass eine gemeinsame Zukunft nur auf Vertrauen und gegenseitigen Respekt beruhen könne und dass es heute darauf ankomme, einander zuzuhören, „damit die deutsch-

polnische Versöhnung wirklich funktionieren kann“.

„Friede ernehret, Unfrieden verzehret“, steht über dem Eingangsportal des Gothaer Schlosses Friedenstein und nicht nur deshalb passten diese „Fantasien für den Frieden“ genau hierher.

Der „Geist von Gotha“ geht auf die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg zurück, als sich „Ernst der Fromme“, Herzog von Sachsen-Gotha, entschloss, anstatt auf Rüstung auf Bildung und Kultur zu setzen. Von diesem Ansatz ausgehend, wurde über



die verschiedenen Sichten auf die Entwicklung und Gestaltung des Friedens diskutiert.

Angesprochen auf Konflikte mit religiösem Hintergrund, die es auch in der Bundesrepublik gibt, sagte Aiman Mazyek, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland, dass man bei aller berechtigten Kritik aufpassen müsse, Auseinandersetzungen nicht künstlich groß zu reden.

Walter Homolka, Rabbiner und Rektor des Potsdamer Abraham-Geiger-Kollegs, ergänzte, dass es viele wahre Geschichten über das Verhältnis von Religionen zu erzählen gäbe – viele Konflikt- und viele Friedensgeschichten. Das Problem sei, dass gerade in deutschen Medien die Friedensgeschichten häufig zu kurz kommen.

„Die aufklärerische Funktion von Religionen gehört wieder stärker in den Mittelpunkt“, so die Meinung von Propst Siegfried Kasparick, Regionalbischof in der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland. Beifall erhielt Winfried Weinrich, Ordinariatsrat im Bistum Erfurt, als er sagte, „gerechter

Friede ist für mich der Abschied von der Lehre des gerechten Krieges“.

Im Zwiegespräch zu den Aufgaben des Rechts verwies der Völkerrechtler Norman Paech auf das Rousseau-Zitat im Sitzungssaal der Bundestagsfraktion DIE LINKE: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ Das gelte national wie auch international, deshalb sei es bedauerlich, dass das Bundesverfassungsgericht sich in den letzten Jahren zwar eindeutig in der Durchsetzung von Bürgerrechten positioniert habe,

bei außenpolitischen Belangen von Krieg und Frieden aber sehr zurückhaltend agiere. „Die Rechtsordnung ist eine Friedensordnung“, unterstrich Hans-Ernst Böttcher, bis 2009 Präsident des Landgerichts Lübeck.

Die Frage nach dem Auftrag der Medien wurde sehr kontrovers diskutiert. Zwar gab es schnell Einigkeit darüber, dass die Aussage „die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst“ völlig richtig

sei – die passende Reaktion darauf ist aber umstritten. Eine Chance sieht Michel Friedman beispielsweise in der Pluralisierung der Medien durch das Internet. Die Ordnung liege hier in der Unordnung und damit könnte sich die Wahrheit schließlich durchsetzen. Weitere Teilnehmer der von Luc Jochimsen und Birgit Klaubert moderierten Podiumsrunde waren Klaus-Dieter Böhm, Gesellschafter des Weimarer und Erfurter Internetregionalfernsehens Salve TV, Heinz Glässgen, bis 2009 Intendant von Radio Bremen, und René Strien, Verleger Aufbau Verlag.

Er empfinde seine Arbeit als „tagtäglichen Kampf gegen die Barbarei“, so Sewan Latchinian, Intendant der neuen Bühne Senftenberg, in der Runde der Künste. „Krieg ist die größtmögliche Katastrophe“, und er sei „froh, dass es wenigstens eine Partei gibt, die konsequent Nein sagt“. Aggressionen, Neid und Hass seien auch deshalb in der Welt, weil Kultur nicht wirklich eine Chance habe. Hier noch viel mehr zu tun, um gesell-

Der Geist von Gotha

schaftlich relevante Themen auf die Bühnen und ins Bewusstsein der Menschen zu bringen, dafür sprachen sich auch Markus Heinzelmann, Künstlerischer Leiter des Theaterhauses Jena, und Rezipient Lutz Görner aus.

„Wir sollten die Welt, die auseinander fällt, wieder zusammendenken“, dafür plädierte Rüdiger Schmidt-Grépalý, Direktor des Kolleg Friedrich Nietzsche Weimar, der als erster von Klassenverhältnissen sprach und seine Meinung betonte, dass der Kapitalismus nicht friedensfähig sei. Peter Strutynski, Universität Kassel, erinnerte an den sozialdemokratischen Vereinigungsparteitag 1875 und das Gothaer Programm, nach dem das Volk die Entscheidung über Krieg oder Frieden treffen solle. „Wäre das heute so, stünden deutsche Soldaten nicht in Afghanistan.“ Die Feststellung von Hannes Heer, Kurator der ersten Wehrmachtausstellung, „die nächsten Kriege werden folgen“ und er nicht sehe, „wie wir da rauskommen“, wollte man so nicht stehen lassen. Dem



Aufruf zur Unterzeichnung des am Eingang der Schlosskirche ausliegenden gemeinsamen Appells der großen Friedensorganisationen „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“

wurde zahlreich gefolgt. Gregor Gysi warb schließlich in der Abschlussrunde dafür, die von anderen Parteien vorgetragene Argumente, warum ein Kriegseinsatz so unumgänglich sei, Punkt für Punkt zu widerlegen. Die im Krieg verbreiteten Lügen lassen sich oft nur im Nachhinein als solche sichtbar machen, deshalb ist es wichtig, sich mit den Begründungen der Kriegsbefürworter

auseinanderzusetzen. Wenn es heißt, die internationale Einbindung verpflichte uns dazu, den Krieg in Afghanistan zu unterstützen, dann müssen wir fragen, warum es diese Verpflichtung im Irak-Krieg nicht gab.

Den von Knut Korschewsky erläuterten Friedensantrag der LINKEN, den er jetzt im Thüringer Landtag eingebracht hatte, griff Luc Jochimsen auf – auch als eine gute Initiative für die Bundestagsfraktion.

So blieb als Fazit der Veranstaltung, dass es die vielen kleinen Schritte auf verschiedenen Ebenen sind, die zum Frieden beitragen können. Voraussetzung ist der unbedingte Wille, auf Gewaltlosigkeit in der Konfliktlösung zu setzen. Diese Vorstellung hatte „Ernst der Fromme“ schon vor mehr als 350 Jahren und wir sollten im 21. Jahrhundert nicht dahinter zurückfallen.

A. Rudolph/F. Schenker

Klares Zeichen gegen brauen Ungeist gesetzt

Dass es heute in Kirchheim (Ilm-Kreis) gelang, „gemeinsam ein klares Zeichen gegen brauen Ungeist zu setzen und sich genügend Menschen versammelten, um gegen den NPD-Parteitag in der brauen Erlebnissehne zu protestieren und zu demonstrieren, ist Ermunterung für bürgerengagiertes und couragiertes Handeln gegen Rechtsextremismus und neonazistischen Ungeist“, so Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag, der selbst mit vor Ort war.

„Wir haben alle zusammen - Alte und Junge, Kirchheimer Bürgerbündnis und Vertreter der Kirchge-



Sabine Berninger auf der Protestkundgebung in Kirchheim

meinde, engagierte Menschen aus der Region, aber auch aus Weimar, Jena, Gera und Pößneck – unmiss-

low weiter.

verständlich erklärt: Nazis haben hier und anderswo nichts zu suchen, ihre perfide menschenverachtende Ideologie gehört auf den Müllha-

fen der Geschichte, die NPD muss endlich verboten werden“, so Ramelow weiter.

Mit Blick auf nächste Neonazi-Veranstaltungen, wie am 10. Juli in Gera, betonte der LINKEN Politiker, dass „entschlossener, friedlicher und bunter Bürgerwiderstand sich all jenen in den Weg stellen wird, die nur Hass, Angst und Gewalt schüren wollen“.

„Dass es der falsche Weg ist, wenn Bürger schweigen und glauben, der braune Spuk gehe schon vorbei, hat heute das Kirchheimer Bündnis zusammen mit anderen aktiven Bürgern eindrucksvoll klar gemacht“, so Ramelow abschließend.

In Ilmenau, da ist der Himmel blau?

Erstaunliches passiert im Ilmenauer Stadtrat. Der OB lobt die Opposition, weil der Stadtrat einstimmig dem Haushalt zugestimmt hatte und beschwört das so genannte Ilmenau-Modell.

Damit ist, positiv betrachtet, die konstruktive Zusammenarbeit im Stadtrat gemeint. Allerdings war die auch damit verbunden, dass die CDU Posten, wie den Bürgermeister und den Amtsleiter für Kultur und Soziales, an die SPD abgab. Für die Opposition blieben die Ehre, ein feuchter Händedruck und die moralische Disziplinierung. Zu wenig, finden wir.

Jetzt ging der OB sogar in die Offensive. Plötzlich wurde die von uns lange geforderte Bürgerfragestunde von der CDU beantragt und durchgewinkt. Der OB hielt nach jahrelanger Abwesenheit eine zündende Rede am Denkmal für Karl Zink zu dessen hundertsten Geburtstag. Auch Elemente des Bürgerbeteiligungshaushaltes wurden eingeführt. Die Bürger können jetzt schriftliche Vorschläge zum Haushalt machen. Selbst der von uns geforderte „Stadtratsbeteiligungshaushalt“ wurde mit der Möglichkeit, bereits im Juni Vorschläge für den kommenden Haushalt zu machen, belebt. Wozu also noch Opposition? Zunächst sei dazu festgestellt, dass

solche Ergebnisse ohne Opposition nicht erreicht worden wären. Der OB verfährt nach dem Prinzip des kleinsten Zwanges. Er nutzt unsere Vorschläge, um sich weiter zu profilieren. Das fällt ihm umso leichter, je mehr die Arnstädter Verhältnisse, mit deren unsäglichem Bürgermeister, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Zudem ist die Finanzsituation in Ilmenau (noch) gut. Es droht aber auch hier Ungemach. Da ist es für ihn taktisch geschickt, die Opposition ins Boot zu holen.

Wie ernst die Neuerungen gemeint sind, wird sich zeigen. Die Bürgerfragestunde hat bereits an Schwung verloren. Schon hört man: Was bringt's? Auch bei den schriftlichen Vorschlägen zum Haushalt erwartet man nicht viel. Die Vorschläge der Fraktionen im Stadtrat wurden kaum zur Kenntnis genommen oder mit Hinweis auf die Finanzlage abgelehnt. So war es dann doch nur ein Demokratiespiel. Wir haben angekündigt, den OB auf dem Weg zu einem echten Bürgerbeteiligungshaushalt noch „groß“ zu kriegen. Unser Fazit aus der bisherigen Entwicklung ist:

- Mit konstruktiver Opposition erreichen wir mehr für die Bürger. Gute Vorschläge, auch wenn sie nicht immer gleich

als solche anerkannt werden, sind auf die Dauer nicht zu unterdrücken. So erreichen wir mehr für die Bürger. Opposition braucht einen langen Atem und muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt!

- Wir müssen solche Erfolge auch außerparlamentarisch organisieren. Wenn die Chancen für mehr Demokratie von den Bürgern nicht genutzt werden, bleiben alle Vorschläge folgenlos und stärken nur die Skeptiker. Wenn Politikverdrossenheit bereits in der Kommunalpolitik beginnt, haben wir mit unseren Vorschlägen nicht den Nerv getroffen oder zu wenig Begeisterung erzeugt.

Wir werden deshalb in Ilmenau verstärkt Bürger in die Vorbereitung von Entscheidungen einbeziehen. Das soll über die Arbeitsgruppen des Stadtvorstandes geschehen. Politische Bildung, Jugendarbeit, Beratungsangebote und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit sind die von uns erkannten Hauptwege.

Klaus Leuner

Aus dem Kreistag berichtet

Die jüngste Kreistagssitzung liegt schon einige Wochen zurück und die nächste, Anfang September, lässt noch auf sich warten. Was ist vom 9. Juni berichtenswert?

Berichtenswert ist die Erklärung, des Ältestenrates zu Äußerungen des Arnstädter Bürgermeister Hans-Christian Köllmer, die Landrat Dr. Kaufhold verlesen hat (Linkes Echo informierte vorab im Juni-Heft).

Berichtenswert ist die Debatte, die zum Gesellschaftervertrag der Ilmkreis-Kliniken geführt wurde. Landrat Dr. Kaufhold wollte den Aufsichtsrat entmachten und alle nennenswerten Entscheidungen künftig als Gesellschafterversammlung selbst fällen. Bei diesem Vorhaben hat er

sich allerdings gründlich verspekuliert. Die von mir als Aufsichtsratsmitglied beantragte Sondersitzung zeigte, dass die Mehrheit des Aufsichtsrates gegen diese Absichten war und auch im Kreistag hatte er keine Mehrheit, seine Ziele durchzusetzen. Es bleibt also dabei, der Aufsichtsrat bestätigt den Wirtschaftsplan des Krankenhauses und bestimmt die Geschäftsführung, die ärztliche Leitung, Chefärzte und die Chefin des Pflegedienstes. Das ist für Benno Kaufhold mühsamer, für die Klinik aber viel besser, wie es sich in der Vergangenheit in nicht nur einem Fall herausgestellt hat.

Berichtenswert wäre auch die Diskussion zur „Gemeinschaftsschule Stadt-ilm“ gewesen. Schulleiter Jens

Günschmann, Bürgermeister Günzel und VertreterInnen der Schulkonferenz harrten stundenlang aus, bekamen auch auf Antrag der SPD Rede-recht. Allerdings alles für umsonst. Bevor es losging beantragte die SPD den Tagesordnungspunkt abzusetzen und im September neu zu verhandeln. Bis dahin soll es eine Informationsveranstaltung dazu geben und, so die Hoffnung der SPD, sollte in der Thüringer Koalition Frau Lieberknecht ihre CDU, die erklärte Gegner dieses Schulmodells sind, zurück pfeifen. Wir werden sehen.

Eckhard Bauerschmidt

...auch im „Sommerloch“ die Zeit für die Programmdebatte nutzen – durch LESEN

Der Landesausschuss der Partei *DIE LINKE*.Thüringen beschäftigte sich in seiner 2. Tagung am 18. Juni in einer sehr ausführlichen Debatte mit der gegenwärtigen Situation der Programmdebatte in den Kreisverbänden des Thüringer Landesverbandes.

Dabei wurde festgestellt, dass eine Vielzahl von Genossinnen und Genossen sich noch nicht mit dem seit dem 20. März veröffentlichten Text des Programmwerfes beschäftigt hat. Das hat sicher vielfältige Gründe und es liegt nicht an der Möglichkeit, den Gesamtentwurf über die Geschäftsstellen der Partei zu erhalten. Jedenfalls, so stellte der Landesausschuss fest, sind genügend Exemplare dieses Entwurfes vorhanden.

In der Beratung des Landesausschusses wurde die Frage gestellt, was haben die Gebiets-, Stadt- und Kreisvorstände bisher unternommen, den Programmwurf an die Mitglieder zu bringen.

Was unseren Kreisverband anbelangt, so haben wir in den Ausgaben des Infoblattes „LINKES ECHO“ im

April auf Seite 4 unter der Überschrift „Die Programmdebatte ist eröffnet“ und im Mai auf der Seite 4 unter der Überschrift „...die Programmdebatte klug führen“ erste Hinweise gegeben.

Der Landesausschuss, in dem die gewählten Vertreter aller Kreisverbände Sitz und Stimme haben, hat sich im Ergebnis seiner Diskussion auf folgende nächste Schritte in der Programmdebatte, die in den Kreisverbänden zu führen ist, verständigt:

1. Gegenwärtig alle Anstrengungen darauf zu richten, den Programmwurf allen Mitgliedern und auch unseren SympathisantInnen bekannt zu machen, und damit zum Lesen dieses Entwurfes anzuregen. Eine Debatte setzt die Kenntnis seines Inhaltes voraus.

2. In Basisgruppen, Stadtverbänden bzw. durch die Kreisvorstände erste

Diskussionsveranstaltungen zu organisieren.

3. Die „Kleinen Zeitungen“ der Kreisverbände, unser „LINKES ECHO“, für die Programmdebatte zu nutzen. Dabei vor allem erste Stellungnahmen von Mitgliedern zu veröffentlichen.

4. Die Regionalkonferenzen im Landesverband zum Erfahrungsaustausch zwischen den Kreisverbänden zu nutzen. Die nächste Regionalkonferenz findet **am 5. August in Gotha**

Regionalkonferenz Gotha am 5. August ab 18 Uhr

Anmeldung unter 03628/602795

statt. Über den Kreisvorstand ist für die Teilnahme zu werben.

Die Programmkommission zieht gemeinsam mit dem Parteivorstand auf einem Programmkonvent am **6. November in Berlin** eine Zwischenbilanz zu den bisherigen Ergebnissen der Programmdebatte in der Gesamtpartei.

Der Landesparteitag der Partei *DIE LINKE*.Thüringen wird bereits eine Woche später, am **13. November** für Thüringen diese Zwischenbilanz ziehen.

Aus diesen beiden Terminen leitete der Landesausschuss die Zielstellung ab, dass bis zu diesem Zeitpunkt alle Mitglieder Kenntnis vom Programmwurf haben und in allen Kreisverbänden erste Erfahrungswerte aus der Programmdebatte vorhanden sind.

Eine Aufgabenstellung, die mit dem Blick auf alle Mitglieder auch bei uns nicht leicht zu erfüllen sein wird.

Mit diesen Zwischenetappen, November 2010, gehen wir dann in die nächste Runde dieser innerparteilichen Diskussion, die zugleich ein Stück politische Bildung in der Partei und Öffentlichkeit der Partei in der Gesellschaft bildet.

Um die Erfahrungen in der „Führung“ der Programmdebatte im Landesverband verallgemeinern zu können, sollten die „Kleinen Zeitungen“ der Kreisverbände Vermittler zwischen den Kreisverbänden und dem Landesvorstand und seiner Programmgruppe sein.

Damit hat der Landesausschuss ein ganzes Programm zur Führung der Programmdebatte entwickelt.

Was unseren Kreisverband anbelangt, so hat der Stadtverband Arnstadt bereits für den 3. Juli zu einer ersten Programmdebatte eingeladen, über dessen Inhalt wir in der nächsten Ausgabe berichten werden. Das kann jedoch mit dem Blick auf den gesamten Kreisverband nur der Anfang sein.

Angedacht ist eine Veranstaltung für alle Mitglieder und Sympathisanten noch vor dem Programmkonvent mit Michael Brie im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg.

Was das „LINKES ECHO“ und die Programmdebatte anbelangt, so werden wir in jeder Ausgabe Wortmeldungen dazu veröffentlichen.

Der Kreisvorstand wird sich in seiner nächsten Sitzung, ergänzend zu den Vorschlägen seiner letzten Zusammenkunft und ausgehend von dem hier aus dem Landesausschuss Dargelegtem, mit der „Führung“ der Programmdebatte im Kreisverband weiter beschäftigen.

Jochen Traut
Mitglied im Landesausschuss

Nach der Bundesversammlung am 30. Juni

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen neuen Bundespräsidenten.

Es war ein langer und heißer Tag, dieser 30. Juni, für die Mitglieder der Bundesversammlung. Nunmehr liegen die Ergebnisse dieses Wahltages nach drei Wahlgängen vor.

Nehmen wir die Ergebnisse dieser drei Wahlgänge für die einzelnen KandidatInnen:

1. Wahlgang mit 1.242 Teilnehmern mit 1 ungültigen Stimme und 13 Enthaltungen Joachim Gauck 499 Ja-Stimmen, Christian Wulff 600 Ja-Stimmen, Luc Jochimsen 126 Ja-Stimmen

2. Wahlgang mit 1.239 Teilnehmern mit 1 ungültigen Stimme und 7 Enthaltungen, Joachim Gauck 490 Ja-Stimmen, Christian Wulff 615 Ja-Stimmen, Luc Jochimsen 123 Ja-Stimmen

3. Wahlgang mit 1.242 Teilnehmern mit 2 ungültigen Stimmen und 121 Enthaltungen, Joachim Gauck 494 Ja-Stimmen, Christian Wulff 625 Ja-Stimmen.

Fazit:

Luc Jochimsen erhielt im 1. Wahlgang mehr Ja-Stimmen als Anwesende der Linken. Im 2. Wahlgang entsprachen die Ja-Stimmen der Anzahl der Stimmen der Linken.

Für den 3. Wahlgang erklärte sie den Rücktritt von diesem Wahlgang.

Die Regierungskoalition schaffte es erst im dritten Wahlgang, ihren Kandidaten Christian Wulff durchzubringen. Damit erhielt sie trotz Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP in der Bundesversammlung in den beiden ersten Wahlgängen nicht alle Stimmen der Regierungskoalition. Ausdruck einer Unzufriedenheit über die Regierungspolitik aus der eigenen Koalition.

Joachim Gauck war durch die SPD und die Grünen seit seiner Kandidatur medienwirksam in Ost und in West aufgebaut worden. Selbst das Regierungslager sprach von einem guten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Vor dem 3. Wahlgang bemühten sich SPD und die Grünen bei den Linken um die Stimmen der Linken für ihren Kandidaten. Das Wort von der einmaligen Chance für die Linken, sich von ihrer Vergangenheit

loszusagen, ging um. Selbst die Pressekonferenz der Linken wurde durch die Grünen lautstark gestört.

Die Wahlmänner und Wahlfrauen unserer Partei verhielten sich in dieser Bundesversammlung entsprechend unserer politischen Grundhaltung: einen Kandidaten der für die Kriegsbeteiligung in Afghanistan eintritt, der die Politik der sozialen Grausamkeit vertritt, ist für die Partei DIE LINKE nicht wählbar. Das war an dem Wahlverhalten unserer Teilnehmer der Bundesversammlung sichtbar:

Im 1. und 2. Wahlgang stehen wir für unsere Kandidatin Luc Jochimsen, im 3. Wahlgang tritt unsere Kandidatin nicht mehr zur Wahl an und wir enthalten uns der Stimme.

Dieses Verhalten entspricht unserer gesellschaftlichen Rolle als Antikriegspartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Ein guter Tag für die Partei DIE LINKE.

Jochen Traut

Leserbrief:

Verklärungshysterie als untauglicher Erklärungsversuch

Wieder einmal ist eine Studie fertig gestellt und veröffentlicht worden, zu deren Ergebnissen regierenden Politikern nichts anderes einfällt, als über eine angebliche „Verklärung der DDR“ zu wettern. „Jeder vierte Ostdeutsche“, so hieß es in sich „unabhängig und überparteilich“ nennenden Zeitungen, „verkläre“ die DDR. Mit derartigen Behauptungen ist man schnell bei der Hand, beweihräuchern sie doch das eigene System und erklären alle, die aus eigenem Erleben sachlich vergleichen und zu ganz anderen, als den regierungs- und propagandaaamtlich gewünschten Schlussfolgerungen kommen, kurzerhand für naiv, dumm, begriffsstutzig und am liebsten gleich für geisteskrank. Die Herrschaften haben dabei nur einiges vergessen: Was hat es doch vor 20 Jahren nicht alles an vollmundigen Versprechungen gegeben, von den „blühenden Landschaften“ angefangen über „Gutes Geld für gute Arbeit“ bis hin zu „Die beste Sozial-

politik ist eine soziale Marktwirtschaft“. Massenhafte Arbeitslosigkeit, mit „Hartz IV“ Armut per Gesetz, maßlose soziale Ungerechtigkeit und seit 1999 ungeachtet der Katastrophen von 1918 und 1945 erneute Kriegsbeteiligung einer deutschen Armee haben längst viele ernüchtert und nicht nur zur Erkenntnis gebracht, dass sie sich damals zur Erreichung des in Bonn gewünschten Wahlergebnisses leichtgläubig ködern ließen, sondern dass es zumindest vom Grundsatz her auch anders geht. Die regierenden Politiker als Nutznießer dieser sozial höchst ungerechten und unfriedlichen Gesellschaft müssen voller Wut und Entsetzen erkennen, dass es ihnen nicht gelungen ist, den Gedanken an eine gesellschaftliche Alternative auszutreiben, zumal ihnen als einzige Mittel Verteufelung der DDR und Verklärung der kapitalistischen Verhältnisse in der BRD eingefallen sind. Sie ernten massiven Widerspruch,

weil eben die DDR größtenteils nicht so erlebt wurde, wie behauptet wird. So wird flugs über eine angebliche „Verklärung“, „Verinnerlichung der Diktatur“, „falsche Wertvorstellungen“, „Verharmlosung“, „fehlende Eigenverantwortung“ und ähnliches gewettert, was freilich kaum den Tatsachen entspricht, vielmehr Ausdruck von Unwillen und Unfähigkeit der herrschenden Politik ist, ihre eigene Gesellschaft und ihr eigenes Tun wenigstens einer kritischen Analyse zu unterziehen. Und je schlimmer die DDR von dieser Seite dargestellt wird, desto mehr fordert sie zum Widerspruch geradezu heraus und vor allem einstige Blockpolitiker, die wie bei Konvertiten üblich besonders heftig um sich hauen, laufen immer mehr Gefahr, auf der gefährlichen Gratwanderung zwischen Unglaubwürdigkeit und Lächerlichkeit früher oder später abzustürzen.

H.-J. Weise

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.08. 2010. Auch im Netz unter: <http://www.die-linke-ilmkreis.de>

Innenminister widerspricht Landrat und VG-Chef in Sachen Kreditaufnahme für Straßenbau

Nach Überzeugung des Thüringer Innenministers ist es gegenwärtig ausgeschlossen, dass die Gemeinde Liebenstein weitere 440.000 EUR Schulden für den geplanten Straßenbau der Ortsdurchfahrt aufnehmen kann und genehmigt bekommt“, informiert der Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE Frank Kuschel. In der Antwort auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten widersprach damit der Innenminister den öffentlich geäußerten Positionen des Landrates, Dr. Benno Kaufhold (CDU), und dem zuständigen Chef der Verwaltungsgemeinschaft *Oberes Geratal“, Rolf Fleischhauer.

Kaufhold und Fleischhauer hatten öffentlich erklärt, dass aus ihrer Sicht eine weitere Verschuldung von Liebenstein kein Problem darstelle. Gleichzeitig wurde der Fraktion *Unabhängige Wählergemeinschaft/DIE LINKE“ im Gemeinderat Liebenstein vorgeworfen, durch die Ablehnung des Haushaltsentwurfes, die notwendige Straßensanierung der Ortsdurchfahrt zu blockieren.

*Jetzt stellt der Innenminister klar, dass der Gemeinderat wohl zurecht

den Haushaltsentwurf der Verwaltung abgelehnt hat“, so die Einschätzung von Frank Kuschel.

Die von der Verwaltung vorgesehene Verschuldung von 440.000 EUR ist nicht genehmigungsfähig, äußerte das Innenministerium. Selbst die geplante Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Höhe von 296.000 EUR führt nicht zur Genehmigungsfähigkeit des geplanten Kredits von 440.000 EUR. Da Liebenstein schon jetzt nicht in der Lage ist, seinen Kreditverpflichtungen vollständig nachzukommen, wäre eine weitere Kreditaufnahme nur möglich, wenn die BürgerInnen über Straßenausbaubeiträge diesen Kredit vollständig finanzieren würden.

*Eine noch höhere finanzielle Belastung der Bürger scheitert bereits an den gesetzlichen Schranken“, stellt Kusche fest. Schon heute zahlen die Liebensteiner die gesetzlich zulässigen Höchstbeitragsätze.

Wie es nun weitergeht, ist noch völlig offen. Das Land hat angekündigt, die Ortsdurchfahrt Liebenstein nur dann zu sanieren, wenn die Gemeinde einen genehmigten Haushalt vorliegen hat.

*Die jetzige Finanzlage der Gemeinde ist Folge der Politik von Gemeinde und Verwaltungsgemeinschaft. Bis 2009 hat die CDU im Gemeinderat die Mehrheit gestellt.“, stellt Kusche klar.

Rolf Fleischhauer weigert sich, einen neuen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf dem Gemeinderat vorzulegen. Die Fraktion „Unabhängige Wählergemeinschaft/DIE LINKE“ hat deshalb selbst einen neuen Haushaltsentwurf vorgelegt, der jedoch vor Kurzem von der CDU auf Empfehlung der Verwaltungsgemeinschaft blockiert wurde.

Nach der Bürgermeisterwahl wird der Gemeinderat einen neuen Anlauf unternehmen, um zu einem genehmigungsfähigen Haushalt zu kommen, ohne dabei die Bürger finanziell zu überfordern. Der VG-Chef und der Landrat sind aufgefordert, den Gemeinderat in seinen Bemühungen zu unterstützen und nicht weiter den Gemeinderatswillen zu verhindern“, so Frank Kuschel abschließend.

Kleine Anfrage Nr. 539, Antwort der Landesregierung in DS 5/1146 vom 15. Juni 2010

Das „Sparpaket“ ist Ihrer verfehlten Politik zuzuschreiben und der Gier von einigen Wenigen

Am 16. Juni hat sich Carola Springer aus Ilmenau, Mitglied der LINKE, mit folgenden Offenen Brief an den Bundestag geschrieben.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist an der Zeit, sich kritisch zu dem Thema „Sparpaket“ zu äußern.

Wolfgang Schäuble hat das Sparpaket der Bundesregierung als „ausgewogen“ und „unvermeidbar“ bezeichnet und behauptet, dass die Auswirkungen sorgfältig geprüft worden seien.

Was veranlasst Herrn Schäuble zu dieser völlig realitätsfernen Annahme?

Ausgewogen würde bedeuten, dass in erster Linie und in besonderem Maße die Verursacher und gleichzeitigen Nutznießer der Krise zur Kasse gebe-

ten würden. Dem ist aber nicht so.

Wer sagt, etwas sei alternativlos, der hat möglicherweise nur nicht nach Alternativen gesucht oder nur unbequeme gefunden, die den eigentlichen Regenten, nämlich den Banken und Wirtschaftsbossen, nicht passen.

Die Streichung der Rentenbeiträge für H4-Empfänger ist eine extrem kurz-sichtige Entscheidung, die sich in einigen Jahren als Bumerang erweisen wird. Denn das, was den Rentenkassen jetzt nicht zufließt, kann auch nicht ausgezahlt werden!

Jetzt nicht und auch später nicht.

Das heißt, der Staat wird später die jetzt verursachte Altersarmut finanzieren müssen. Doch dann ist Herr Schäuble längst nicht mehr im Amt, d. h. diese Sorgen kann er getrost seinen Nachfahren überlassen. Dieses unsoli-

darische Verhalten ist nicht neu und absolut typisch für ihn und die anderen Politiker.

Ebenso durchsichtig wie verwerflich sind die angedachten Steuern für Energiekonzerne, die diese Lasten zu 100 Prozent wieder auf die Schultern der Verbraucher laden werden. Hier soll dem Bürger vorgegaukelt werden, dass auch die Nutznießer der Politik ihren Beitrag leisten sollen. Und es ist doch nichts anderes, als eine weitere freche Lüge ins Gesicht des Volkes.

Tatsache ist: Es gibt in diesem Land mehr Menschen, die erwerbslos sind oder trotz Arbeit hart am Existenzminimum leben, als Menschen, die finanziell unabhängig sind.

Diesen Menschen können Sie nicht länger etwas vormachen. Sie haben erkannt, dass ihre Politik ausschließ-

lich eine Klientelpolitik für die Wirtschaftslobbyisten ist. Die riesigen Summen, die jetzt eingespart werden sollen, wollen Sie fast ausschließlich auf den Rücken der Menschen einsparen, die heute schon am Existenzminimum leben und an dieser Krise keine Schuld haben. Dass überhaupt erst so ein „Sparpaket“ notwendig geworden ist, ist Ihrer verfehlten Politik zuzuschreiben und der Gier von einigen Wenigen.

Frau Merkel behauptet, wir alle hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Das ist so nicht richtig. Korrekt und wahr ist: Politiker, Wirtschafts- und Finanzwelt haben skrupellos über die Verhältnisse des Volkes gelebt! Wir fordern Sie daher auf, umgehend Ihr so genanntes Sparpaket neu zu überdenken. Wenn Ihnen der soziale Frieden in unserem Land so wichtig ist, wie Sie immer wieder versichern, dann ist jetzt der Moment gekommen,

die Lasten denen aufzuerlegen, die sie auch verursacht haben. Im Übrigen halten wir es für unverantwortlich, angesichts der Sparzwänge, die Sie dem Volk auferlegen, über eine Diätenerhöhung auch nur nachzudenken. Das ist durch nichts zu rechtfertigen. Demokratie, sehr geehrte Damen und Herren, heißt NICHT den Willen und das Wohl des Volkes zu missachten.

Schweinezuchtanlage hat Betrieb aufgenommen – Menschenkette protestierte

Etwa 250 Menschen hatten sich am 19.6. in der Nähe der ehemaligen Milchviehanlage Alkersleben (Gemeinde Wipfratal, Ilm-Kreis) eingefunden, um gegen Tierfabriken und deren unökologische, umweltfeindliche und tierquälende Produktionsweise zu protestieren.

Dass man gegen die dort sich im Aufbau befindliche Schweinezuchtanlage nicht mehr viel ausrichten kann (die vom Landesverwaltungsamt entgegen dem Willen der betroffenen Gemeinden und der Mehrheit der Bürgerinnen - es gab zahlreiche Protestkundgebungen, Unterschriften wurden gesammelt und mehr als 1.800 Menschen hatten sich mit Einwendungen in das Genehmigungsverfahren eingebracht und gegen die geplante Anlage argumentiert - genehmigt worden war), war allen Anwesenden klar und wohl auch ein Grund, weshalb sich



eher wenige AnwohnerInnen, beispielsweise aus Alkersleben, Elxleben, Dornheim oder Ettischleben an der Menschenkette beteiligt hatten.

Vier Klageverfahren sind derzeit gegen das Genehmigungsverfahren anhängig, aber die gegen die Anlage engagierten AktivistInnen der Bürgerinitiative „Land und Leben entlang der Wipfra“, die bereits vor Jahren ein ähnliches Vorhaben eines niederländischen Investors stoppen konnten, erwarten im Falle eines positiven Gerichtsentscheidendes lediglich schärfere Auflagen - dass die Anlage, in der

bereits die ersten Tiere eingestellt wurden, wieder geschlossen bzw. die Genehmigung zurückgenommen wird, scheint ausgeschlossen.

In Holland werden die Betreiber solcher Anlagen per Subventionierung dazu gebracht, ihre Anlagen aufzugeben (weil die niederländischen Böden/Felder mittlerweile „übergüllt“ sind). Mit diesen „Prämien“ kommen die Investoren aus Holland nun seit einigen Jahren unter anderem in die

Bundesrepublik. Zuerst in die Neuen Länder - weil man hier aus DDR-Zeiten an große, umwelt- und tierfeindliche Anlagen „gewöhnt“ ist und kaum Widerstand zu erwarten war - inzwischen auch in die alten Bundesländer und mittlerweile in die osteuropäischen Länder.

Die Anlage nahe Alkersleben war zu DDR-Zeiten eine Milchviehanlage mit etwa 1.500 Kühen und ca. 70 (manchmal bis zu 100) Beschäftigten. Bei der jetzt genehmigten Anlage geht es um etwa 23.000 Tiere (es sollen ca.

115.000 Ferkel pro Jahr produziert werden) und 15 Beschäftigte.

Im Genehmigungsbescheid sind zahlreiche (Kontroll-)Auflagen festgelegt, aber da der Landrat ein Befürworter der ist Anlage (oder sich zumindest nicht als Gegner der Anlage geäußert hat), sind scharfe und regelmäßige Kontrollen wohl nicht zu erwarten.

Derzeit wird im Thüringer Landtag eine Petition (gegen das Genehmigungsverfahren) bearbeitet. Hier ist (für mich persönlich) zweierlei bemerkenswert:

Die SPD (im Wahlkampf mit Frau Mühlbauer öffentlichkeitswirksam sehr aktiv gegen die Anlage) hat in der bisherigen Beratung von der Petition offensichtlich keine Notiz genommen und sich im Ausschuss auch nicht sonderlich dafür eingesetzt. Und die Landesregierung versteckt sich in ihrer Stellungnahme, insbesondere auf meine konkreten Fragen, hinter den zu erwartenden gerichtlichen Entscheidungen, obwohl diese Fragen aus meiner Sicht durchaus vom zuständigen Ministerium hätten beantwortet werden können bzw. müssen.

Was bleibt, sind die Vorbehalte gegen derartige Tierfabriken. Einerseits aus Sicht des Tierschutzes: die in derartigen Fabriken gehaltenen oder produzierten Tiere können sich kaum bewegen, werden auf Spaltböden gehalten, ohne Tageslicht (die Ställe bei Alkersleben haben nicht einmal kleinste

Protest

enster). Andererseits aus struktur- oder auch umweltpolitischer Sicht: welche Auswirkungen diese Anlage auf die Umwelt unmittelbar in der Region haben wird, wurde durch das Genehmigungsverfahren nicht geklärt. Im Gegenteil wurden die Bedenken der AnwohnerInnen einfach - ohne plausible Erklärungen - vom Tisch gewischt. Und dass die AnwohnerInnen mit ihren Bedenken nicht so ganz falsch lagen, belegen erste Erfahrungen: bereits jetzt, wo die Anlage noch nicht einmal den "richtigen" Betrieb aufgenommen hat, ist zu beobachten, dass Schwerlasttransporte eben nicht

die vorgeschriebenen Straßen, sondern Abkürzungen nutzen, die lediglich für den landwirtschaftlichen Verkehr in der Region freigegeben sind. Und die ökologischen, über die Region hinaus auch wirtschaftlich wichtigen, Aspekte wurden im Genehmigungsverfahren überhaupt nicht bedacht: Tiere in derartigen Anlagen werden vorrangig mit Sojaprodukten gefüttert, ein Futterstoff, der importiert werden muss



und für dessen Produktion beispielsweise in Brasilien unvorstellbar große Flächen der Regenwälder gerodet werden (was erheblichen Einfluss auf das Weltklima hat). Das in solchen Anlagen produzierte Fleisch wird nicht etwa (wie es Befür-

worter der industriellen Tierproduktion behaupten) für den Verbrauch in der Bundesrepublik produziert. Es wird exportiert, in Länder außerhalb Europas. Und das auch sehr gewinnbringend: ein Kilo exportiertes Schweinefleisch - etwa nach Südafrika - wird mit 31 Cent subventioniert, mit dem Effekt, dass einheimische Bauern in den Exportländern die europäischen Preise für das tiefgekühlte Fleisch nicht „halten“ können und ihr frisches Fleisch auf dem Markt beispielsweise in Südafrika nicht loswerden.

Sabine Berninger

DIE LINKE. Arnstadt jetzt auch bei facebook

Seit einigen Wochen beteiligt sich auch der Stadtverband DIE LINKE. Arnstadt am so genannten social networking. Bei facebook veröffentlicht („postet“) DIE LINKE. Arnstadt Neuigkeiten aus dem Stadtverband und der Stadtratsfraktion. Nahezu täglich kommen neue Freundinnen und Freunde auf dieser Internetpräsenz hinzu, aktuell sind es 39 (aus dem Ilm-Kreis, aus Thüringen und anderen Bundesländern). „Auch wir als Stadtverband müssen die ‚neuen Medien‘ nutzen, für unsere Öffentlichkeitsarbeit und um Menschen zu erreichen, die zum Beispiel keine lokale Tageszeitung mehr lesen. Und die Reaktionen und Kommentare – zum Beispiel auf bei facebook veröffentlichte Debatten über Beschlussvorlagen im Stadtrat – zeigen, dass es funktioniert. Was einzelne WahlkämpferInnen in den Wahlkämpfen des letzten Jahres versucht haben, nämlich für Veranstaltungen und Positionen der Arnstädter LINKEN über diese sozialen Netzwerke im Internet



zu werben, wird immer wichtiger. Wir müssen uns in dieser Hinsicht professionalisieren, wenn wir in Zukunft mithalten wollen.“, so Stadtvorsitzende Sabine Berninger. Zur nächsten Stadtvorstandssitzung wird es für alle Vorstandsmitglieder eine Art Einweisung in dieses Medi-

um geben, damit sich alle an der Gestaltung der facebook-Seite „DieLinke Stadtverband Arnstadt“ beteiligen können.

Sabine Berninger

Ein Diener Gottes oder des Götzen Mammon?

Der Ilmenauer AWO-Stadtverband feierte sein zwanzigjähriges Jubiläum, doch was dessen Vorsitzender, der Großbreitenbacher Pfarrer Fred Klemm dazu zu sagen hatte, war in etlichen Passagen recht unfeierlich, unsachlich und würdelos. Da wurde streckenweise so getan, als habe man 1990 in Sachen Seniorenbetreuung und Altenpflege eine Art Niemandsland vorgefunden und es war auch nicht das erste Mal, dass anklagend vermerkt wurde, Verbänden wie AWO und ASB sei ab 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone und dann der DDR die erneute Zulassung verweigert worden. Was letzteres betrifft, ist zu fragen, weshalb DRK und Volkssolidarität nicht ausge-reicht haben, weshalb auch hier ein Dschungel gegeneinander konkurrierender Betreuungsverbände nötig gewesen sein soll. Doch für Herrn Klemm ist die Tatsache, dass die DDR auch hier das ihr mögliche getan hat und ein Heimplatz nicht wie heutzutage wegen der hohen Kosten vielfach Altersarmut nach sich zog, offenbar nicht vorhanden. So ließ er denn seinem geradezu krankhaften Hass auf die DDR freien Lauf und pries im Gegen-zug das heutige System in den höch-sten Tönen: „Befreiung aus den Fängen eines gut meinenden Obrigkeitsstaates“, „Besinnung auf bürgerliche Eigenverantwortung, auf bürgerschaftliches Engagement“ sind nur einige Kostproben dessen, was er da zu bieten gehabt hatte. Nun, es hätte ja auch an ein Wunder gegrenzt, wenn gerade aus diesem pastoralen Munde wenigstens ausnahmsweise einmal etwas Sachliches zu vernehmen gewesen wäre. Dabei ist es keineswegs angenehm, zu-sammen mit ein paar Millionen weiter-er Betroffener solchem Seelenhirten eines voraus zu haben – die eigene Erfahrung in den Fängen von Arbeitslosigkeit und der von ihm seit Jahr und Tag mit einer Energie und Zähigkeit, die einer besseren Sache wert wären, verteidigten und gerechtfertigten Armut per Gesetz. Von Eigenverantwortung salbadern bekanntlich immer die Kreise, in deren Interesse jene vom Kriminellen Peter Hartz erfundenen Gesetze obrigkeitsstaatlich durchge-peitscht wurden und die dank ihrer Stellung in Staat und Wirtschaft in der Lage sind, die stets pralle Füllung der eigenen Brieftasche zu sichern. Von

eben diesen Eignern großer Industrie-, Finanz- und Agrarkapitalien und deren Politikern wird ja so gern gepredigt, jeder sei seines Glückes Schmied. Der Haken dabei ist freilich der, dass die von denen verfochtene Gesellschaft nicht ohne Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit auskommt, weil nicht der Mensch als solcher, sondern das Gewinnstreben dieser kleinen, aber mächtigen Minderheit das Maß aller Dinge ist. Danach aber richtet sich, wer beim Schmieden den Hammer führt und wer dazu verdammt ist, den Am-boss abzugeben, auf den eingedroschen wird. Ebenfalls richtet sich danach, wer welchen Hammer führen und somit über die höchste Schlagkraft verfügen darf: Wenn sich Milliardäre wie bei-spielsweise die Gebrüder Albrecht den Dampfhammer gönnen und den ihre Interessen vertretenden Politikern den Vorschlaghammer zugestehen, bleibt lohnabhängig Beschäftigten, von Arbeitslosen gar nicht zu reden, im Ver-gleich dazu bestenfalls noch ein Zise-liehämmerchen. Hier von Eigenver-antwortung zu reden, obwohl die Mög-lichkeiten zu deren Wahrnehmung höchst ungleich und noch dazu un-gerecht verteilt sind, rückt da schon in den Verdacht, die Betroffenen verhöhn-en zu wollen oder weltfremd zu sein. Von einem Geistlichen, der doch dem Grundsatz „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ verpflich-tet zu sein hat, muss man anderes er-warten können. Offenbar haben aber nur wenige das Format einer Pröbstin Elfriede Begrich, deren Grundsatz „Ein Sozialist kann Christ, ein Christ muss Sozialist sein.“ einem Herrn Klemm nun so wesensfremd ist wie er den Grundsatz des Urchristentums „Eher wird ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen als dass ein Reicher in den Him-mel kommt.“ entweder tagtäglich be-wusst mit Füßen tritt oder im mildesten Falle vergessen hat. Völlig unklar ist auch, wie er es mit dem Grundsatz „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ hält. Möglicherweise ist sei-nerseits nicht einmal ein Verstoß dage-gen zu erblicken, denn nahezu alle Presseveröffentlichungen aus seiner Feder lassen nur den Schluss zu, dass er längst konvertiert ist – von Gott zum Götzen Mammon. Konvertiten aber wird bekanntlich nachgesagt, dass sie stets am schlimmsten um sich hauen.

Man will schließlich bei den neuen Herren glaubwürdig und nicht als unsi-cherer Kantonist erscheinen. Gleich-wohl ist trotz aller wütenden und eifer-vollen Rundumschläge der Ludergeruch des Verräters nur in den seltensten Fällen wegzubekommen, ein Rest Misstrauen bleibt. Dem Mongolenherr-scher Dschingis-Khan wird nachgesagt, dass er Konvertiten zeitlebens mit Misstrauen begegnete und befürchtete, sie könnten ihn bei der ersten besten Gelegenheit ebenso verraten wie ihren vormaligen Herrn. Deshalb pflegte er mit derartigen Anbietern gewöhnlich kurzen Prozess zu machen: Als sich bei der Belagerung einer mittelasiatischen Stadt, so jedenfalls schildert es der Roman „Gott im Himmel ... und auf Erden Dschingis-Khan“, in deren Mau-ern ein Verräter fand, der mit 1.000 Getreuen nächstens zu ihm übertrat, ließ er am nächsten Morgen die Einge-schlossenen mit einem Hagel von Ge-schossen überschütten: Es waren die abgeschlagenen Köpfe der Übergetrete-nen. Nun, diese Zeiten sind längst vorbe-i und Herr Klemm kann sich seines Lebens genauso weiter erfreuen wie ein Herr Althaus. Doch es bleibt der Ver-dacht, dass er christliche Grundsätze und Gebote mindestens nicht ernst nimmt, wenn nicht gar verfälscht. Und was den Staat, die Obrigkeit mithin, betrifft, die Verantwortung für alle ihre Bürger tragen muss und daher in der Pflicht ist, derart maßlose soziale Un-gerechtigkeit wenigstens zu mildern, so stellt sich die Frage, ob sie es will und nicht kann, oder ob sie es kann und nicht will: Will sie es und kann es nicht, so ist sie ohnmächtig. Kann sie es und will es nicht, so ist sie schlecht. In beiden Fällen macht sie sich über-flüssig und bedarf der dringenden Ver-änderung, soll sie in die Lage versetzt werden, seinen eigentlichen Aufgaben gerecht zu werden. Da die systemtra-genden Politiker und Parteien dazu weder willens noch fähig sind, wird DIE LINKE in dieser Sache noch ganz schön zu tun haben. Sie muss sich fol-glich in ihrer Programmdiskussion sehr schnell darauf einstellen.

H.-J. Weise

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

05.07.10 19.00 Uhr Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE

Basisorganisationen:

13.07.10 09.30 Uhr Basisvorsitzende nördlicher Ilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6;

23.07.10 18.00 Uhr BO-Versammlung. Ichttershausen;

Weitere Veranstaltungen:

03.07.10 10.00 Uhr Programmdebatte. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

14.07.10 15.00 Uhr Renten- und Mietensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

17.07.10 14 Uhr Layoutworkshop „Sticker gegen Rechts“ LinXXTreff in der Zimmerstraße 6

19.07.10 14 Uhr Layoutworkshop „Sticker gegen Rechts“ LinXXTreff in der Zimmerstraße 6

05.08.10 18.00 Uhr Regionalkonferenz. Gotha

21.08.10 12.00 Uhr Sommerfest DIE LINKE.Thüringen. Elgersburg; Hotel „Am Wald“

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
 Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
 Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
 Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau
 Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

Bürgermeisterwahlen für Kandidaten der LINKEN erfolgreich

Erfolgreich konnten die vier KandidatInnen der LINKEN im Ilm-Kreis die Bürgermeisterwahlen am 6. Juni gestalten. In Frankenhain Hans-Georg Fischer, in Liebenstein Albrecht Dürer und in Wildenspring Rainer Hornschuh heißen die Sieger. Damit gibt es im Ilm-Kreis zwei Bürgermeister mit dem Parteibuch der

LINKEN mehr, Hans-Georg Fischer und Albrecht Dürer. Rainer Hornschuh hat die Nachfolge von Rainer Bergmann angetreten. Denkbar knapp mit 205 zu 210 Stimmen verfehlte Heidrun Krebs die Wahl zur Bürgermeisterin von Witzleben. Ein hervorragendes Ergebnis. Allen

KandidatInnen herzlichen Dank für ihre Bereitschaft und ihr Engagement und viel Erfolg in der weiteren kommunalpolitischen Arbeit. Links wirkt!

*Eckhard Bauerschmidt
 Kreisvorsitzender*

www.die-linke-ilmkreis.de